

polizei^ozeitung



... für den Nachweis, dass Politik, Polizei, Strafen und Justiz die Probleme erst schaffen, die sie zu lösen vorgeben!

Herzlich Willkommen bei dem Versuch, den Sinn der Polizei insgesamt in Frage zu stellen. Ja ... Du liest richtig: Wir wollen gar keine Polizei. Und das mit guten Gründen. Um die soll es hier gehen ...

An der Härte der Strafen erkennt man die Schwäche des Regimes.

Martin Kessel

Die Polizei tritt mit ihren unterschiedlichen Abteilungen fast überall auf: Sie regelt, überwacht, verhaftet, verhindert Gewalt, spielt Schiedsrichter und übt selbst Gewalt aus – oft mehr als sie verhindert. Besondere Polizeieinheiten verteidigen Reichtum und Staatsgewalt gegen Protest. Sie sind bei Castor-Transporten in Niedersachsen, Demos gegen Nazis, bei „Chaos“-Tagen in Bayern und beim antirassistischen Grenzcamp tätig.

- Was aber tut die Polizei bei diesen Anlässen?
- Tritt sie für Recht und Ordnung ein, wenn ja, wessen Recht und Ordnung?
- Schützt sie die Rechte der demonstrierenden Menschen vor Ort, oder schützt sie die Durchführung von Staatsakten vor deren Kritikern?
- Spricht sie mit den kritischen Menschen und versucht, mit ihnen eine Lösung zu finden, oder greift sie im Auftrag der Regierung hart durch, drängt ab, kesselt, kontrolliert und schlägt mit der Faust oder dem Ellenbogen ins Gesicht, knüppelt am Boden liegende zusammen und sperrt sie für nichts mehrere Tage ein?
- Glauben Sie, dass das Ausnahmen sind?
- Wie hoch ist wohl der Prozentsatz derjenigen PolizistInnen, die 1. überhaupt angezeigt werden, 2. deren Anzeige verfolgt wird, die 3. für ihr Verhalten persönlich angegriffen werden?
- Warum, glauben Sie, tragen die meisten PolizistInnen bei Einsätzen keine Namensschilder?

Um einen Staat zu beurteilen, muss man sich seine Gefängnisse von innen ansehen.

Leo Tolstoj

Die Justizministerkonferenz fordert, DNA-Analysen breiter zu nutzen als bisher. „Der Katalog der Straftaten muss [dafür] erweitert werden... Die Politik muss schnell handeln – nicht in Jahren, sondern in Wochen und Monaten.“ (Vorsitzender der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund Speck in der FR, 8.7., S. 4):

- Welche Straftaten fallen demnächst noch unter die DNA-relevanten?
- Wer wird seine DNA abgeben müssen?
- Wird die DNA eines Menschen demnächst wie ein beliebiger Fingerabdruck behandelt?
- Werden dann Personenkontrollen eingeführt, wie sie schon in den USA geplant sind?
- Ist der Polizeistaat noch zu stoppen?



Die Innenministerkonferenz plant die Einrichtung eines gemeinsamen Lagezentrums zur Terrorismusbekämpfung (FR, 8.7.04, S. 4):

Der Mittelhessische Polizeipräsident Meise freute sich darüber, dass viele neue Polizeidienste in Mittelhessen eingeführt wurden: Stadthelfer, die Wachpolizei, der Freiwillige Polizeidienst, der durch die Innenstädte patrouilliert, die Einsatzpolizei leistet Überstunden (Gi Allgemeine, 24.6.04), die Bereitschaftspolizei wird für spontane „Interventionszüge“ dem Einzeldienst zugeteilt (Gi Allg., 7.7.04, S. 33). Das ist in anderen Regionen und Städten nicht anders.

- Welche Behörden werden hier zusammenarbeiten?
 - War die Trennung von Verfassungsschutz und Polizei nicht eine Konsequenz der Nazi-Zeit?
 - Ist diese Trennung heute überholt?
 - Gibt es keine Nazis mehr?
 - Gibt es auch sonst niemanden, der die direkte Datenübermittlung des Verfassungsschutzes an die „Strafverfolgungsbehörden“ zu schnellen Schlägen gegen unliebsame Kritiker ausnutzen könnte?
 - Welche Daten werden hier zusammenlaufen?
 - Wer ist den Verfolgungsbehörden verdächtig?
 - Werden hier nur Daten von „bösen“ extremistischen Islamisten aufgezeichnet, oder werden sich in einer solchen Datei auch Kritiker des Staates finden, z.B. DemonstrantInnen gegen die Kriegs- und Atompolitik, gegen Flüchtlingsgesetze und gegen Anti-Terrorgesetze?
 - Können Sie sich vorstellen, dass sich die Polizei zum Zwecke der Kriminalisierung bestimmter Menschen und Gruppen Straftaten ausdenkt?
 - Was ist mit Daten der Menschen, die zu unrecht verdächtig werden?
 - Glauben sie, diese Daten werden gelöscht?
- Warum wird soviel Polizei positiv bewertet?
 - Wem helfen diese Polizeidienste?
 - Erhöht das die Sicherheit der Menschen, oder erhöht das die Sicherheit derjenigen, die in Ruhe regieren wollen?
 - Wissen Sie, wie viele PolizistInnen in Zivil in Ihren Straßen unterwegs sind?
 - Wer wird von den verschiedenen Einsatzkräften vor allem angegangen: lügende und schlagkräftige Politiker, über die Stränge schlagende PolizistInnen, unmenschliche (Justiz-) Behörden und sogenannte „Kinderschänder“ oder Obdachlose, Joblose, Bettelnde, ausländisch, widerständig, punkig oder autonom Aussehende?
 - Ist der vermehrte Einsatz von Polizei vielleicht ein Indiz dafür, dass die Gesellschaft ernsthafte Probleme mit der Lösung zwischenmenschlicher Konflikte hat?
 - Warum wird der Sicherheitsapparat gefördert, nicht aber der direkte Umgang der Menschen miteinander?

Die Gesellschaft hat die Strafe erfunden, die Theologie die Hölle, und für die Fälle, in denen die irdische Sühne ausbleibt und der Glaube ans Jenseits versagt, hat unsere Feigheit die Reue erfunden.

Arthur Schnitzler

Die Tricks

Trick 1: Angst schüren, um Akzeptanz für die innere Aufrüstung zu erlangen

Mit immer neuen Horrormeldungen von Verbrechen versetzen Politik, Polizei und Medien die Bevölkerung in Angst. Diese Angst schafft die Möglichkeit, die totale Überwachung und immer härtere Polizeigesetze unter dem Mäntelchen des Kampfes gegen Terrorismus oder Kindesmissbrauch zu führen. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt dabei auf, wie absurd, aber leider erfolgreich die Kampagnen sind. So nehmen die Fälle von Kindesmissbrauch ständig ab, während bei Umfragen fast alle Menschen glauben, dass sie zunehmen. Ebenso werden Terroranschläge zum Medienereignis, zudem etliche weitere schlicht erfunden. Das funktioniert auch im Kleinen so, siehe die gut dokumentierten Erfindungen im Raum Gießen, z.B. am 12.12.2002, als die Giessener Tagespresse Angst vor „Autonomen von außerhalb“ schürte und Bürgermeister Haumann eine Bombendrohung erfand, um Polizeieinsätze und Verhaftungen legitimieren zu können (alle Fälle unter www.polizeidoku-giessen.de.vu).

Die Rechnung der Regierenden und der sie unterstützenden Polizei und Presse geht auf: Immer mehr Menschen glauben, dass die Welt immer unsicherer wird und wünschen sich als Gegenmaßnahmen mehr Polizei, Sicherheitsdienst usw. herbei.

Trick 2: Strafe und Knast schützen die unbescholtenen BürgerInnen ... behaupten die Regierenden

Gerichte und Polizei legitimieren ihre Arbeit in der Regel damit, dass die Gesellschaft vor GewalttäterInnen geschützt werden muß. Ein Blick in Gefängnisse und ins Strafgesetzbuch zeigt aber, dass die meisten Häftlinge genauso wie die meisten Strafparagrafen nicht die Menschen, sondern das Eigentum schützen. Repression dient vor allem dem Aufrechterhalten von Reichtumsunterschieden. Bestraft werden Menschen meist, weil sie durch ihr Verhalten das Eigentum anderer (oft Firmen) entwendet haben, um sich selbst Reichtum zu beschaffen oder schlicht überleben zu können.

Die zweite große Gruppe von Strafrechtsparagrafen betrifft den Schutz des Staates – von der Hymne über die Fahne bis zu Regierungsgebäuden und -beamtInnen sind alle besonders geschützt. Für ein besseres Leben der Menschen wäre aber das Verunglimpfen von Regierungen und ihren Symbolen schlicht egal, doch die Regierenden organisieren über das Strafrecht ihren Machterhalt.

Strafe und Knast schützen daher nicht die Menschen, sondern Profit und die Regierenden. Alles andere ist Propaganda.

Trick 3: Strafe und Knast dienen der Resozialisierung ... behaupten Politik, Polizei und Justiz

Dieses Märchen ist allgegenwärtig, doch Strafe diente historisch noch nie menschlichen Zielen, sondern immer der Verhaltensnormierung. Ob die harte Hand von Eltern, die Disziplinarstrafe bei Bundeswehr oder Zivildienst, die Abmahnung am Arbeitsplatz oder der Blaue Brief aus der Schule – stets geht es darum, ein gewünschtes Verhalten bei Menschen durchzusetzen. Der Knast dient schon bei vielen dieser Vorgängen als Drohkulisse im Hintergrund. Er selbst ist dann die härteste Form der organisierten Normierung.

Schon das Ziel ist nichts anderes als Ausübung von Herrschaft und das Brechen der Selbstbestimmung. Die Normierung auf ein von Eltern, LehrerInnen, ArbeitgeberInnen oder der Gesellschaft insgesamt erwartetes Verhalten bricht die Selbstenfaltung. Zudem bewirkt die Methode „Strafe“ nicht das, was sie vorgibt. Durch autoritäre Unterdrückung wird Gewaltförmigkeit im Verhalten nämlich stets gefördert: Kinder aus autoritären, selbst gewalttätigen Familien neigen eher selbst zu gewaltförmigem Verhalten als andere. Zwischen Menschen unter gewaltförmigeren Regierungen oder in gewaltreicheren sozialen Verhältnissen wiederholt sich Gewalt häufiger als andernorts. Der Knast fördert Gewaltorientierung im Verhalten statt solche abzubauen. Das ist nicht nur im Knast selbst deutlich sichtbar, sondern inzwischen selbst durch eine Studie des Bundesjustizministeriums belegt. Die ist selbstverständlich schnell in der Versenkung verschwunden, um mit den Lügen weiterzumachen, die autoritäre Sicherheitspolitik zu begründen.

Ideologie in
Gebäude gegossen:
Staatsanwaltschaft
und Ex-Knast Frankfurt



Lust und
LAUNE statt
LAWANG *
* * * Order!

Was folgt?

Gewalttätige Verhältnisse erzeugen gewalttätiges Verhalten

In autoritären, konkurrenzorientierten Gesellschaften werden Menschen von Geburt an systematisch darauf zugerichtet, Gewalt auszuüben. Wer nicht Respekt vor den eigenen und Grenzen anderer erfahren hat, wird im späteren Leben immer wieder zu Grenzüberschreitungen und Gewaltausübung neigen. Gerade der Umgang mit Kindern ist z.B. extrem gewaltförmig – ständig werden Kids bevormundet, zurecht gewiesen und körperlich angegangen. Viele Grenzüberschreitungen (von der ungewollten Anmache bis hin zur Vergewaltigung) haben mit der patriarchalen Zurichtung zu tun. Würde diese Zurichtung wegfallen und könnten Menschen selbstbestimmt und gewaltfrei aufwachsen, gäbe es deutlich weniger Gewalt – ob Grenzüberschreitungen, rhetorische Dominanz oder sexualisierte Übergriffe. Ein Aufwachsen ohne Erziehung und Zwang ist eine Grundvoraussetzung dafür.

Oftmals wird denen, die die Abschaffung von Polizei, Knast und Justiz fordern, vorgehalten, sie wollten Kinderschänder oder Terroristen weitermachen lassen. Das Gegenteil ist der Fall: Wer Knäste und Polizei belässt oder gar ausbaut, „Weiter hart durchgreifen!“ skandiert (CDU-Wahlslogan 2003), Polizei- und Sicherheitsgesetze ausbaut, schafft mehr GewalttäterInnen, denn Strafe und Knast fördern Gewalt.

Trick 4: Strafe und Knast schützen die Gesellschaft ... behaupten die Regierenden

Diese Lüge ergibt sich schon aus dem Erwahnten – Strafe fördert Gewaltorientierung und schützt daher niemals die Menschen. Die Behauptung ist jedoch noch aus einem weiteren Grunde falsch, denn auch die Knäste gehören zur Gesellschaft. Wer sagt „Man kann Kinderficker doch nicht weiter auf die Menschen loslassen“, verneint für die Insassen von Knästen deren Existenz als Mensch. Wenn es denn so wäre, dass MörderInnen, VergewaltigerInnen oder KinderschänderInnen gefährlich für die Menschheit sind, wie kann mensch sie dann auf engsten Raum mit anderen Menschen, die meist nur Sachen geklaut, betrogen u.ä. haben, zusammenpferchen – noch dazu in einer Atmosphäre, die Gewalttätigkeiten fördert.

Herrschaftsstrukturen fördern Konkurrenz und Gewaltanwendung

Wo es Herrschaftsstrukturen (Polizei, Knäste, Militär, Justiz usw.) gibt besteht immer auch die Möglichkeit, eigene Interessen gegen den Willen anderer Menschen durchzusetzen. Der größte Anteil von organisierter Gewalt geht von Militär- und Polizeiapparaten aus. Allein die Existenz von Armeen und Massenvernichtungswaffen erhöht die Anwendung von Gewalt. Und wo jederzeit die Polizei zur Verfügung steht, um Widerstand zu brechen, ist es für die jeweils Herrschenden immer möglich, Diskussionen abubrechen. Wenn es keine Organe zur Herrschaftsausübung mehr gibt und relative Gleichberechtigung hergestellt wird, werden kooperative Lösungsfindungen am wahrscheinlichsten.

Wer Gewalt verringern möchte, muss die Institutionen und Verhältnisse abschaffen, die Gewalt fördern:
Reichtumsunterschiede abbauen ... oder besser: Eigentum abschaffen!
Weg mit Knästen, Justiz, Polizei, Ordnungsämtern, Schul- und Arbeitsdisziplin!
Militär auflösen!

Ein Beispiel: Giessener Repressionsverhältnisse

Über 20 Fälle von Erfindungen irgendwelcher Straftaten, zusätzlich viele Erfindungen von Tatbeteiligungen, etliche rechtswidrige Angriffe auf Demonstrationen, ebenso illegale Platzverweise, Hausverbote, Festnahmen, DNA-Tests und Hausdurchsuchungen, Einschüchterung und Gewalt, Hetze und Schüren sozialassistischer Gewalt wurden in einer ersten 50-seitigen „Dokumentation von Fälschungen, Erfindungen und Hetze durch Presse, Politik, Polizei und Justiz in und um Gießen“ für das Jahr 2004 zusammengetragen und veröffentlicht.

Mit dieser Dokumentation sollte der politische Kampf gegen Repressionsstrukturen argumentativ unterfüttert und erweitert werden. Der Blick auf den Alltag lokaler und regionaler Repressionsbehörden zeigt, dass Machtmissbrauch die Regel ist. Besonders erschreckend ist zudem die anwachsende Einigkeit innerhalb „Gießener Eliten“, die Formen von Kriminalisierung, Diskriminierung und direkter Repression zu vertuschen oder gar zu unterstützen. Erst das Schweigen in Politik, Medien und gesellschaftlichen Organisationen und die Diffamierung alternativer politischer Gruppen durch einzelne RedakteurInnen und Vereins- bzw. ParteifunktionärInnen gibt denen, die Recht brechen und Macht ausnutzen, die Sicherheit, ihr Verhalten „gefahrlos“ durchführen zu können.

Reaktion von Polizei, Politik, Presse und Justiz

Zunächst haben nur wenige Medien über die Dokumentation berichtet. Auffällig war, dass die Giessener bürgerlichen Medien die in der Doku selbst beschriebene Strategie des Verschweigens fortsetzten. Der mehrfach mit Hetze zitierte Lokalredaktionschef der Giessener Allgemeine, Guido Tamme, war zwar auf der Presse-Präsentation anwesend, aber ein Text von ihm erschien nie.

Veröffentlicht wurden nach den ersten Pressepräsentationen Texte im Giessener Express, in der Frankfurter Rundschau und im Neuen Deutschland. Gegenüber der nachfragenden Presse blockten Polizei, Staatsanwaltschaft und Politik ab: Nichts sei bekannt, alles sei erlogen und ähnliche Bemerkungen.

www.polizeidoku-giessen.de/uv

Vom 8.-15.3. fand eine Aktionswoche gegen Repression statt. Täglich stand am Marktplatz ein Info-stand mit symbolischem Käfig, in dem Teddybären, eine Sonne usw., es gab Demonstrationen und etliche Veranstaltungen. Dreimal erschienen der buntenachrichtendienst, der das Schweigen Giessener Medien durchbrechen will. Dort wurden Aktivitäten angekündigt und davon berichtet (siehe www.bunter.nachrichten.dienst.de). Tageszeitungen und Rundfunk ignorierten alle Aktionen.

Der 15.3.

Zu einem prominent besetzten Podium (die AutorInnen der Dokumentation, ein ehemaliger Polizist und ein aktueller Polizeidirektor aus Nordrhein-Westfalen) waren etwa 60 ZuhörerInnen erschienen. Eine angeregte Diskussion folgte den präzisen Vorträgen, dabei wurden viele konkrete Vorwürfe Richtung Politik, Presse, Justiz und vor allem Polizei gemacht. Der Hauptreferent, Polizeidirektor und HJ-Chef Reinhard Mokras, berichtete zu Beginn seiner Ausführungen, dass er aus Giessener Polizeikreisen bedrängt worden sei, nicht zu erscheinen. Am übernächsten Tag fand sich ein detaillierter Bericht in der Giessener Allgemeine – das erste Mal erfuhren LeserInnen bzw. HörerInnen bürgerlicher Medien in Gießen von den Auseinandersetzungen und der Dokumentation.

Doch dabei blieb es nicht – eine unverständliche Polizeiaktion gegen den Veranstalter des Abends schuf deutlich mehr Aufmerksamkeit. Während der Veranstaltung war nicht bekannt, dass zwei zivile PolizeibeamtInnen die Vorträge bespitzelten. Auf dem Nachhauseweg wurde der Moderator des Abends dann von drei zivilen Polizeifahrzeugen abgedrängt und schikaniert. Als erstes reagierten die Jusos Gießen mit einer Pressemitteilung. Am gleichen Tag folgte die Humanistische Union.

Der Polizeipräsident beschwichtigt ... und legt einen drauf!

Aufgrund der Kritik am Polizeieinsatz in der Nacht nach der Veranstaltung meldete sich Gießens Polizeipräsident zu Wort – seine Ausführungen beinhalteten etliche Widersprüche. Schützend stellt er sich vor seine BeamtInnen und wies die Vorwürfe „mit Nachdruck“ zurück. Über den Vorgang und die Erklärung des Polizeipräsidenten nach dem 15.3. berichteten etliche Medien. Daraufhin meldete sich der Polizeipräsident bei der Humanistischen Union und regte ein klärendes Gespräch an. Doch ihr Verhalten änderte die Polizei nicht. Am 7.4.2004 veröffentlichte die Polizei Mittelhessen ihre Kriminalitätsstatistik. Darin findet sich ein unglaublicher Absatz mit Täterwürfen gegen die Projektwerkstatt (siehe Abbildung aus der Statistik). Nirgends anders gab es in der Statistik Benennungen von TäterInnen oder Tätergruppen. Von den bekanntgewordenen Ermittlungsverfahren ist 2003 nur eines durch Gerichtsurteil abgeschlossen worden – für den Rest ist die Behauptung der Polizei eine politisch brisante Vorverurteilung. Offenbar mussten sie ihre Wut abregieren, einer Zunahme von Straftaten (657 Prozent!) hilflos gegenüberzustehen ...

Das aber war nur der Anfang ...

Die erwähnten Abläufe waren nur das Vorgeplänkel. Inzwischen sind etliche Prozesse mit absurden Erfindungen gegen AktivistInnen durch mehrere Instanzen gepetscht worden – mit Verurteilungen bislang bis zu Freiheitsstrafen von 8 Monaten ohne Bewährung (wegen Unbelehrbarkeit!). Die Polizei erfindet Brandsätze und schob sie Menschen unter, die öffentlich Gedichte vortrugen. Mehrfach verprügelte sie AktivistInnen und behauptete dann, dass diese angegriffen hätten. Selbst wenn die Polizei das selbst filmte, nützte das nichts, denn die Staatsanwaltschaft und die Gießener Gerichte stehen zuverlässig hinter Politik und Polizei. Die Krönung kam vom Verwaltungsgericht: Wer Aktionen gegen die Polizei macht, hat keinen Anspruch mehr auf Rechtsschutz gegen Polizeiübergriffe. Vogelfrei der modernen Art ...

Täter aus ...	2003	2002	Im Jahr 2003 wurden in der Stadt und im Landkreis Gießen sowie im Lahn-Dill-Kreis insgesamt 106 Fälle sogenannter Staatsschutzkriminalität registriert.
...linkem Spektrum	138	21	Der Anstieg bei Tätern aus dem linken Spektrum ist überwiegend auf Beleidigungen, Sachbeschädigungen und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz im Zusammenhang mit der in AktivistInnen der Projektwerkstatt in Saasen zurückzuführen.
...rechtem Spektrum	46	66	
...der politisch motivierten Ausländerkriminalität	1	2	Bei den Straftaten aus dem Bereich des rechten Spektrums bilden die Delikte nach § 89a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), die in letzter Zeit auch vermehrt über Internet und Handy (SMS) begangen werden, einen Schwerpunkt. Schmierereien (Symbole und Parolen) paaren sich oft mit normalen Graffiti-Symbolen.
gesamt	185	89	

2 Die dargestellten Werte umfassen sowohl die Fälle der Stadt und des Landkreises Gießen als auch des Lahn-Dill-Kreises.

Institutionen und kollektive Identitäten begünstigen Gewaltanwendung

Die höchste Gewaltbereitschaft ist da, wo Menschen institutionell in extrem autoritäre, militärische Strukturen eingebunden und ihre Gewalt rechtlich abgesichert ist bzw. gesellschaftliche Akzeptanz (z.B. rassistische oder sexistische Diskurse) erfahren – also innerhalb von Polizei- oder Militärapparaten, aber auch in Fascho-Kameradschaften oder Hooligan-Cliquen. Befehlstrukturen oder kollektive Identitäten, die Herausbildung eines Mobs bzw. einer amorphen Masse, welche beide zur Ausschaltung von Individualität und Selbstreflexion führen, fördern Gewalttätigkeit und Brutalität. Verstärkt wird dies insbesondere die Möglichkeit aus der Anonymität der Masse heraus agieren können, die uniformierten PolizistInnen ebenso wie vollmaskierten Nazis gegeben ist – und auch bei verummten Autonomen sind ähnliche Tendenzen spürbar, wenn diese als Kollektiv oder amorphe Masse handeln (ungeachtet dessen, das Vermummung durchaus sinnvoll sein kann und nicht zwangsläufig solche Effekte produziert). Rassistische Pogrome sind ein extremes Beispiel, zu was Menschen fähig sind, wenn ein Mob entsteht, in dem Nazis und jubelnde BürgerInnen zusammen agieren, d.h. kollektive Identitäten sich mit gesellschaftlich breiter Akzeptanz für Gewalt gegen Schwächere paart.

Bestrafen und Wegsperrn machen alles noch schlimmer

Alle Formen Bestrafung sind Herrschafts- bzw. Gewaltdurchgriffe, die weitere Gewalt schaffen. Insbesondere Knast reißt Menschen aus ihrem sozialen Zusammenhang und unterwirft sie einem völlig stupiden, fremdbestimmten Tagesablauf – die Kontakte zur Außenwelt brechen bei längeren Haftstrafen ab, der Knast wird zur „Ersatzfamilie“ ... mit dem „normalen“ Leben kommen viele Knackis nicht mehr klar, weshalb die Rückfallquote extrem hoch ist. Nirgends wird so viel Gewalt ausgeübt wie im Knast, nirgends so viel vergewaltigt. Auch Rassismus, Sexismus und Mackerigkeit – die im Knast absolut prägend sind – werden hier gefördert. Insofern ist Repression keine Lösung, sondern Teil des Problems. MassenmörderInnen werden zwar medial als Bedrohung konstruiert, aber die meisten Morde sind im Übrigen ungeplante Affekthandlungen, die im privaten Rahmen statt finden und daher nicht von der Polizei verhindert werden könnten. Diese Morde bleiben in der Regel Einzelfall – der oder die MörderIn ist selbst häufig so geschockt von der Tat und wird das restliche Leben damit beschäftigt sein, das zu verarbeiten.

Auf dem Weg in den Polizeistaat: Innere Aufrüstung und Sozialabbau

Der ständige Ausbau von Polizei, Überwachung und die Verschärfung von Strafen findet zeitgleich mit einem massiven Sozialabbau statt. Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Politikfeldern wird durch die Propaganda von allgegenwärtigen Kinderschändern und Terroristen vernebelt. Das ist auch das Ziel und zur Zeit leider sehr wirkungsvoll. Doch Freiwilliger Polizeidienst, Überwachungskameras, Kaufhausdetektive oder Securities jagen keine Kinderschänder, sondern schubsen Obdachlose aus den Innenstädten, verteidigen einseitig verteilten Reichtum und wachen über die Konsumzonen in den Städten. Mit dem massiven Sozialabbau wird das Gefälle zwischen Armen und Reichen deutlich ansteigen. Slums und Billiglohnregionen werden entstehen, der tägliche Überlebenskampf von Billigjob zu Billigjob für viele zum Alltag. Wer allerdings nach 12 oder 14 Stunden Arbeit am Tag immer noch nicht genug Essen kaufen oder die Wohnung bezahlen kann, landet auf der Straße oder überlegt, sich den Reichtum illegal zu beschaffen. Obwohl es nichts anderes wäre als Umverteilung von oben nach unten, ist es eben doch verboten, weil die Gesetze die Reichen schützen. Die Regierung erwartet diese zunehmende sog. Kriminalität bereits – und dafür baut sie die Sicherheitsdienste aus. Ein gewaltiger Polizeiapparat soll und wird die Reichen und Regierenden schützen vor den Menschen, deren Lage sich ständig verschlechtert.

Alternativen

Sozialer Widerstand statt individuelle Aneignung

In vielen Ländern, besonders ausgeprägt im seit Jahrzehnten weitgehend von sozialem Protest freien Deutschland, gibt es keine Praxis sozialen Protests. Die wenigen Events gegen Sozialabbau sind eher Volksfeste, bei denen die Menschen die Jubelmassen für die sozial meist gut gestellten FührInnen von Gewerkschaften, Attac oder anderen darstellen. Tags drauf sind die Menschen wieder vereinzelt zurückgeworfen auf den Kampf, zu überleben. Sinnvoller wäre, sich gemeinsame Strategien des Widerstandes, der Aneignung und der Umverteilung zu überlegen und umzusetzen. Eine Mischung aus Widerstand und kreativen Projekten bietet die besten Chancen:

- Firmen aneignen, d.h. besetzen und selbst weiterführen ... statt lauer Streiks, Unterschriftensammlungen, Sondertarife und Delegation eigener Möglichkeiten an Gewerkschafts-Apparate.
- Räume und Plätze aneignen, d.h. aus dem ständigen Verwertungskreislauf entziehen und zu Wohnungen, offenen Treffpunkten usw. umbauen.
- Eigentum direkt umverteilen: Reichtumshochburgen plündern – Karstadt, H&M, Möbelhäuser, Aldi & Co. ausräumen und alles schnell öffentlich verteilen.

- Gratisökonomie und NutzerInnengemeinschaften ausbauen: Warum muß jedeR eine Bohrmaschine besitzen, einen Rasenmäher oder 1200dpi-Drucker. Auch bei DSL-Flatrates reicht eine pro Straße, die alle dort nutzen können. Umsonstläden und gemeinsame Infrastruktur (Werkstätten, Autos, Fahrradanhänger, Produktionsmittel für Essen, Werkzeug, Baumaschinen) reduzieren den täglichen Aufwand dafür, Geld organisieren zu müssen, erheblich.
- Offensive Protestformen: Latschdemos und Gewerkschafts-/Parteimitgliedschaft anerkennen die von den Regierenden geschaffenen Regeln von Protest. Wer aber würde ein Fußballspiel fair finden, in dem eine Mannschaft die besseren Schuhe, Trikots usw. besitzt, bergab und mit dem Wind spielt und zudem noch die Spielregeln festlegen sowie den Schiedsrichter bestimmen kann, der die Einhaltung überwacht? Daher ist es auch für sozialen Protest sinnlos, danach zu gucken, was erlaubt und gewünscht ist. Die eigene Kreativität und eine gute Portion Frechheit sind nötig, um nicht nur die übliche Jammergemeinde einer beschissenen Politik darzustellen.
- Dokumentation und Demaskierung: Veröffentlichungen wie die Polizeidokumentationen, offensive Prozessführung vor Gericht und mehr sind überall möglich.

Kontakt, ReferentInnen ...

Die AutorInnen dieses Textes stehen für Nachfragen, Veranstaltungen und mehr zur Verfügung. Kontakt: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen. Tel. 06401/90328-3, Fax -5, saasen@projektwerkstatt.de. V.i.S.d.P.: Jörg Bergstedt.

- Fiese Tricks von Polizei und Justiz: www.fiese-tricks.de/v (auch als Vortrag - Anfragen über www.vortragsangebote.de/v)
- Projektwerkstatt Saasen: www.projektwerkstatt.de/saasen
- Prozesse gegen politische AktivistInnen: www.projektwerkstatt.de/prozess
- Kreative Antirepression: www.projektwerkstatt.de/antirepression
- Kreative Aktionen, Download, Materialien ...: www.direct-action.de/v

Ein Themenpapier im SeitenHieb-Verlag: www.seitenhieb.info

Direkte Intervention statt Stellvertretung und Bestrafung

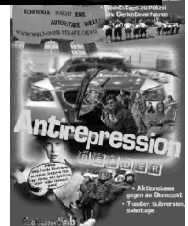
In einer herrschaftsfreien Gesellschaft zählen weder Institutionen noch plenare Debatten, sondern das beherzte, unmittelbare Eingreifen bei Gewalt und Diskriminierung. Direkte Intervention umschreibt dabei das Sich-Positionieren, zur Rede stellen usw. Wo Gewalt, sexistisches Verhalten usw. sofort auf den Protest vieler trifft und nicht mehr durch das Schweigen der Masse gedeckt wird, ist viel eher wahrscheinlich, dass Denkprozesse einsetzen und Menschen ihr Verhalten auch ändern werden. Direkte Intervention ist eine wichtige Methode, die auch heute schon ausprobiert werden kann, auch wenn die Rahmenbedingungen immer wieder Rückfälle usw. produzieren.

In einer Gesellschaft, wo es keine anonymen Institutionen mehr gibt, „die es schon regeln werden“ und Menschen ihr Verhältnis zueinander direkt klären, ist es sehr wahrscheinlich, dass alle Menschen mit sehr viel mehr Aufmerksamkeit für Gewalt und herrschaftsförmiges Verhalten durchs Leben wandeln, frühzeitig mitbekommen, wo Prozesse schief laufen und direkt intervenieren statt auf andere zu hoffen. Auch das Verhältnis der Menschen zueinander wird insgesamt viel weniger anonym sein.

Tatort Gutfleischstraße
Gesammelte, spannend geschriebene Reportagen über die fiessten Tricks von Polizei und Justiz – mit der legendären Federballnacht in Gießen, die zum Anschlag auf Volker Bouffier mutierte. Großformat, 200 S., 18 €



Reader für Aktionen
Direct Action: Straßentheater, Sabotage, Kommunikationsguerilla, kreative Demos usw. **Antirepression:** Kreative Ideen und Rechtstipps zum offensiven Umgang mit Polizei und Justiz. Beide A4 groß, 68 S., je 6 €



www.seitenhieb.info

Beispiel: Erfundene versuchte Farbschmierereien plus Aufwertung zu versuchten Brandanschlägen

Auf dem öffentlich zugänglichen Amtsgerichtsgebäude fand um 20 Uhr eine Lesung von Gedichten statt. Die Veranstaltung war im Internet und auf Flugblättern Tage vorher angekündigt worden. 14 Personen fanden sich zu der Lesung ein und setzten sich mit selbstgeschriebenen Gedichten und Kerzen in einen beleuchteten Bereich, wo sich der Hauptspazierweg zu den Richtung Eingängen verzweigt. Die Gruppe war gut sichtbar und saß so einige Minuten im Kreis. Dann kesselte ein größeres Aufgebot von Polizei die TeilnehmerInnen und nahm sie fest. Am Folgetag (die Verhafteten sitzen immer noch im Keller des Polizeipräsidiums) gab die Polizei eine Pressemitteilung heraus, die Verhafteten seien festgenommen worden, als sie die Gerichtsgebäude mit Farbe beschmiereten wollten: „Am Dienstag, dem 09.12.03, gegen 22.15 Uhr, wurden 12 Aktivisten am Eingang des Gebäudes der Staatsanwaltschaft Gießen in der Marburger Straße angegriffen. Diese Gruppe hatte offensichtlich die Absicht, Farbschmierereien zu begehen, da entsprechende Utensilien mitgeführt wurden.“ Bei ihnen seien Utensilien dafür beschlagnahmt worden. Beides war komplett erfunden.

Presse druckt Lügen ab

Die Presse druckte die Polizeinformationen unüberprüft ab, obwohl ihnen rechtzeitig eine Gegendarstellung vorlag! Auch eine nach der Freilassung von den Verhafteten übersandte Pressemitteilung wurde nirgends abgedruckt (Text unter www.projektwerkstatt.de/gav/texte/pm091203.html).

Polizei legt einen drauf: Brandanschlagsverdacht

Die sofort eingelegte Beschwerde wurde von der Polizei erst im Juni beantwortet.

Beweise

Die Polizei gibt in der Zurückweisung der Beschwerde selbst zu, dass gar keine Farbutensilien gefunden wurden. Gleichzeitig soll jetzt (das fällt der Polizei 5 Monate später auf!!!) ein Brandsatz dabei gewesen, von Personen verborgen worden sein und zudem werden andere Brandanschläge wirt in Zusammenhang gestellt. Es gibt bislang keinerlei Ermittlungsverfahren, Anzeigen oder Anklagen in dieser Sache.

Mehr Informationen zum Vorgang: www.de.indymedia.org/2003/12/69602.shtml.

Entgegen Ihrer anders lautenden Ausführungen in Ihrem Schreiben vom 12.12.2003, es seien bei den in Gewahrsam genommenen Personen keine Utensilien zur „Farbveränderung“ von Gerichtsgebäuden gefunden worden, konnte ein Chemikalienbehälter sichergestellt werden, den Sie versuchten, während die Beamten ihre Personalausweise kontrollierten, vor den Beamten zu verdecken. An diesem Behälter befanden sich Farbanhaftungen in der gleichen roten Farbe, mit welcher zuvor bereits mehrere öffentliche Gebäude, zuletzt das Gebäude der Staatsanwaltschaft Gießen sowie das Amtsgerichtsgebäude in der Nacht zum 03.12.2003 großflächig beschmieret worden waren.

In dem Behälter befand sich eine helle, scharf riechende Flüssigkeit, die von PHK Fritz als Terpentin oder Waschbenzin eingekauft wurde. Auf dem Behälter befand sich ein Warnhinweis, der den Inhalt als gesundheitsgefährdend auswies. Durch das LKA Wiesbaden wurde zwischenzeitlich bestätigt, dass es sich um ein Lösungsmittel handelt, welches zur Herstellung eines Brandsatzes geeignet ist.

Der Fund des Chemikalienbehälters führte bei PHK Fritz zu der Annahme, dass hiermit ein Brandanschlag auf die Justizgebäude verübt werden sollte und dieser unmittelbar bevorstand.

Gestützt wurde diese Annahme durch ihm bekannte Brandanschläge, die am 14.09.2002 auf das Gerichtsgebäude sowie im Jahr 2000 auf das „Genmobli“ verübt wurden. Allein der durch die Beschädigung des „Genmobils“ entstandene Schaden betrug ca. 1,5 Mio. DM.